

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 24

Köln, den 13. Juni 1930

31. Jahrg.

## A.=V.=Sanierung in Etappen.

Angeichts der herrschenden Arbeitslosigkeit, die Volksnot im eigentlichen Sinne des Wortes ist, ohne als solche allgemein erkannt und gewertet zu werden, konzentriert sich der Sturm der Gegner der Sozialversicherung auf die Arbeitslosenversicherung. Unterstützt wurden diese Bestrebungen durch die Finanzkalamitäten der Reichskasse, und es bedurfte bisher schon der Aufbietung aller Kräfte, die viel weitergehenden Wünsche der Gegner nach radikalen Abbaumaßnahmen hintan zu halten. Oberwasser erhielten aber diese Kreise durch die nur zögernde Entlastung des Arbeitsmarktes, die im Vergleich zum Vorjahr längst nicht die gehegten Erwartungen erfüllte, und nach wie vor verursacht eine sehr hohe Arbeitslosenziffer erhebliche Mehrausgaben.

Der Voranschlag der Reichsanstalt rechnet für das Jahr 1930 mit 1,2 Millionen Arbeitslosen. Nach der hinter uns liegenden Entwicklung in den ersten 4 Monaten dieses Jahres steht fest, daß diese Schätzung falsch ist. Daß sie falsch war, wußte man bereits auch unter der Regierung Müller. Schon diese hätte also dringend Veranlassung gehabt, erforderliche Maßnahmen einzuleiten und durchzuführen, zog aber vor, zu schweigen und den Dingen ihren Lauf zu lassen. Stegerwald, als Reichsarbeitsminister, hat kurz nach seinem Amtsantritt klipp und klar erklärt, daß es keinen Sinn habe, sich von falschen Voraussetzungen leiten zu lassen. Er hat den Vorstand der Reichsanstalt beauftragt, neue Vorschläge zu unterbreiten, die mindestens 1,5 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt den Berechnungen zugrunde legen. Diese Vorschläge sind dem Reichsarbeitsminister Mitte Mai zugegangen und bringen, dank der sozialdemokratischen Opposition, keine erfreulichen Änderungen.

In großen Zügen wurden diese Änderungen schon durch die Tagespresse bekannt. Es sollen 260 Millionen Mark durch Mehreinnahmen — Erhöhung der Beiträge auf 4% — und Wenigerausgaben — Abstriche an den Leistungen — eingebracht werden. Ausgegangen ist man von der Höhe der Ausgaben, die nach dem Haushaltsplan 1550 Millionen betragen sollen, denen aus 3½% Beitrag und Zuschüssen des Reiches nur 1215 Millionen Mark Einnahmen gegenüberstehen. Es ergibt sich so der oft genannte Fehlbetrag von 335 Millionen, der durch die vorgeschlagenen Maßnahmen um 260 Millionen vermindert werden soll. Ungedeckt bleibt aber immer noch, trotzdem die Reichsanstalt „mit diesen Vorschlägen den Ausgleich wohl erleichtert, aber nicht erreicht“ ein Betrag von 75 Mill. Im einzelnen sehen die Vorschläge — 20 an der Zahl — so aus:

Erster Vorschlag: Das ländliche Gesinde, sofern es nicht auf Grund eines Arbeitsvertrags von mindestens einjähriger Dauer beschäftigt ist, ist versicherungspflichtig. Der Vorschlag wurde mit 15 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Versicherungsfrei waren bisher rund 940 000 Personen, weil sie als ländliches Gesinde beschäftigt waren. Inwieweit schon jetzt langfristige Verträge bestehen, läßt sich nicht übersehen. Es wird mit einem Überschuß der Beitragseinnahmen von etwa 15 Millionen Mark gerechnet. Dadurch würde das ungünstige Risiko, das die bisher alleinversicherungspflichtigen ländlichen Zeitarbeiter für die Versicherung bedeuten, etwas vermindert werden.

Zweiter Vorschlag: Geringfügige Beschäftigungen (im Sinne des Paragraphen 75a Absatz 2) sind versicherungsfrei. Als geringfügig wird eine Beschäftigung angesehen, wenn sie auf weniger als 24 Arbeitsstunden in einer Kalenderwoche beschränkt ist oder wenn kein höheres Arbeitsentgelt als 8 Mark wöchentlich oder 35 Mark monatlich vereinbart

ist. Der Vorschlag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Sonderbehandlung geringfügiger Beschäftigungen hinsichtlich der Anwartschaft (Paragraph 98a Absatz 1 und 2) würde dadurch gegenstandslos werden. Eine Ersparnis hat der Vorstand nicht geschätzt, obwohl eine Anzahl ungünstiger Risiken durch diesen Vorschlag von der Versicherung ferngehalten würde.

Dritter Vorschlag: Wird ein Hilfsbedürftiger durch Fürsorgeträger in eignen Betrieben oder bei Arbeiten, die vom Fürsorgeträger vergeben oder aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, beschäftigt, so ist diese Beschäftigung versicherungsfrei, wenn sie weniger als 32 Stunden beträgt und die Entlohnung den üblichen Arbeitslöhnen entspricht. Der Vorschlag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die geldlichen Auswirkungen lassen sich nicht abschätzen.

Vieter Vorschlag: Arbeitslose unter 17 Jahren werden von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen, wenn sie einen familienrechtlichen Unterhaltungsanspruch haben. Die Bestimmung tritt am 31. März 1934 außer Kraft. Begründet wird sie damit, daß für die jugendlichen Arbeiter in den nächsten Jahren eine besonders günstige Arbeitsmarktlage gegeben ist, die zahlenmäßig dargestellt wird. Anträge, die Altersgrenze bei 18 oder 20 Jahren zu ziehen, wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Vorschlag selbst wurde mit acht Stimmen angenommen, wobei die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gab. Es wird bei einem Jahresdurchschnitt von 1,5 Millionen Arbeitslosen mit rund 25000 Jugendlichen und einer Ersparnis von 12 Millionen Mark gerechnet.

Fünfter Vorschlag: Der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erlischt bei Arbeitslosen, die das 65. Lebensjahr überschritten haben. Dementsprechend werden Arbeitnehmer mit dem 65. Lebensjahr versicherungsfrei. Die Begründung dieses Vorschlags ist bekannt. (Vom 65. Lebensjahr an kann Altersrente und Ruhegeld bezogen werden.) Da die Unterbringung im Wege der Arbeitsvermittlung praktisch fast ganz ausgeschlossen ist, kann auch das Wagnis der Arbeitslosigkeit nicht getragen werden. Die Rückerstattung eines Teils der Beiträge ist vorgesehen, jedoch nicht mehr als 100 Mark im Einzelfall. Der Vorschlag wurde mit acht gegen acht Stimmen angenommen. Der Vorsitzende gab den Ausschlag. Bei einem Jahresdurchschnitt von 1,5 Mill. Hauptunterstützungsempfängern wird mit mindestens 28 000 Arbeitslosen über 65 Jahre gerechnet und mit einer Ersparnis von rund acht Millionen Mark.

Sechster Vorschlag: Es sollen Richtlinien darüber aufgestellt werden, wann ein Antrag auf Arbeitslosenunterstützung bei solchen Arbeitslosen abgelehnt werden kann, die sich den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit erwerben oder bei gemeinschaftlichem Haushalt miterwerben können. Es handelt sich vor allem um Landwirte und Gewerbetreibende. Bindende Richtlinien werden für erforderlich gehalten, weil die Praxis der Arbeitsämter in der Beurteilung stark voneinander abweicht. Der Vorschlag wurde mit acht gegen sieben Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Vertreter der Arbeitnehmer und der kommunalen Spitzenverbände waren dagegen. Die Summe der Erstattungen, denen im Winter 1929/30 die Unterstützung auf Grund des Paragraphen 89a versagt worden ist, dürfte zwei Millionen Mark nicht übersteigen.

Der siebte Vorschlag (zu Paragraph 98) versucht durch eine Änderung des Zusammenhangs zwischen Arbeitslosen-

unterstützung und Krisenunterstützung, die mit großer Mehrheit angenommen wurde, eine Minderausgabe von sechs Millionen Mark.

Der achte Vorschlag senkt, wie schon bekannt ist, die Hauptunterstützung für die Angehörigen der fünf oberen Grundklassen auf die geltenden Sätze der Krisenunterstützung für Arbeitslose, die vorher kein volles Jahr in Arbeit gestanden haben. Gegenüber dem Aufwand nach dem bisherigen Zustand wird eine Ersparnis von 65 Millionen Mark geschätzt.

Der neunte Vorschlag will die Sonderregelung für Saisonarbeiter beseitigen, die mit dem vorhergehenden Vorschlag gegenstandslos geworden ist.

Zehnter Vorschlag: Treffen zwei Hauptunterstützungen von Ehegatten zusammen, so vermindert sich die niedrigere Unterstützung um die Hälfte, wenn keine Kinder unter 14 oder arbeitslose Kinder unter 17 Jahren zu versorgen sind. Die finanzielle Ersparnis aus diesem Vorschlag dürfte nur gering sein.

Der elfte Vorschlag beschäftigt sich mit den „Pendelarbeitern“, die nicht unter Paragraph 107c fallen sollen. Die nächsten drei Vorschläge beschäftigen sich mit der Aufbringung größerer Mittel.

Vorschlag 12 (Beitragserhöhung auf 4 v. H.) ist reichlich bekannt.

Der 13. Vorschlag beschäftigt sich mit dem Notstoch, der aus nicht zur Deckung der Ausgaben verwandten Beiträgen und Zuschüssen gebildet werden soll und bei Auffüllung auf 200 Millionen Mark Beitragsermäßigung vorzieht.

Der 14. Vorschlag enthält Vorschriften für die Einzugstellen der Beiträge.

In den nächsten drei Vorschlägen wird die Krisenunterstützung behandelt, und zwar empfiehlt im 15. Vorschlag der Vorstand die Übernahme des Gemeindefünftels der Krisenfürsorge auf das Reich, da die bisherige Regelung für die Reichsanstalt eine unproduktive Belastung bedeute. Der Vorstand glaubt, daß die Mehrbelastung des Reichs und Entlastung der Gemeinden durch den Finanzausgleich bereinigt werden könne. Im Rechnungsjahr 1929 hat bei einem Gesamtaufwand der Krisenunterstützung von rund 186 Millionen das Gemeindefünftel rund 37,2 Millionen Mark betragen. Der Vorschlag wurde einstimmig gefaßt. Ferner wird vorgeschlagen, daß zur Durchführung der Krisenunterstützung die Reichsanstalt 5 v. H. der ausbezahlten Krisenunterstützung als Verwaltungsaufwand erhält. Begründet wird der Antrag mit der umfangreichen Verwaltungsarbeit, die bei 186 Millionen Unterstützung 1929 rund 10 Millionen Mark Aufwand erfordert habe. Der Vorschlag wurde mit 14 gegen 2 Stimmen angenommen. Der 17. Vorschlag enthält die Empfehlung, die Krisenunterstützung auf alle, insbesondere auch auf die baugewerblichen Berufe zu erstrecken. (Mit acht gegen sieben Stimmen angenommen.)

In einer Entschließung zu diesem Vorschlag wird auf die bekannten Zusammenhänge zwischen der Arbeitslosenversicherung und der gemeindlichen Wohlfahrtspflege hingewiesen.

Die letzten drei Vorschläge enthalten Verbesserungen für den Arbeitsmarktausgleich.

Eine beschleunigte gesetzliche Verabschiedung dieser Reformvorschläge wird erstrebt. Sie sind nichts Endgültiges und Abschließendes, und kein Mensch kann voraussetzen, wie bald eine neue Situation zu weiterem Handeln drängt. Die Problematik ist sehr wesentlich darin begründet, daß man nur von 1,5 Millionen Arbeitslosen ausgegangen ist. Die wachsende Arbeitslosigkeit in Industriebezirken, im Bergbau und die Lage am Baumarkt stimmen bedenklich. Wenn sich die Zahl der Arbeitslosen nun um 100 000 im Jahresdurchschnitt höher bewegt? Diese 100 000 würden nach dem bisherigen Leistungsaufwand 100 Millionen kosten. Dann fallen alle schönen Berechnungen über den Haufen und die Auseinandersetzungen um die Sanierung rollen von neuem ab.

Soweit die oben zitierten Vorschläge geeignet sind, Mißbrauch einzudämmen und Bestimmungen zu ändern, die sehr viel Erbitterung — § 89a — verursacht haben, kann man sie begrüßen. Ob der Versuch, Beitragsleistung und Unterstützungsbezug in ein gesünderes Verhältnis zu bringen, gelingt, ist eine Frage, die die Handhabung der Bestimmung, falls sie Gesetz wird, sehr bald beantworten wird. Sehr leicht aber kann sie zur Quelle neuer sozialer Ungerechtigkeit werden, wenn die Arbeitsämter rücksichtslos vorgehen. Eine gerechte Lösung des Verhältnisses von Lohn, Beitrag und Unterstützungshöhe ist in den vorliegenden Vorschlägen nicht enthalten. Nach den bisherigen Bestimmungen erhalten Arbeitslose in den oberen Lohnklassen nur 35% ihrer Beitragslohnklasse. Man muß wünschen, daß der Reichstag hier den Vorschlägen des Vorstandes der Reichsanstalt

die notwendige Korrektur widerfahren läßt, denn auch in der Sozialversicherung muß das Prinzip der Gerechtigkeit obwalten.

Darum fordern wir, daß Vorschläge und Reformen nicht nur Rücksicht nehmen auf die finanztechnische Seite der Angelegenheit, sondern ebensosehr, ja noch stärker den Schutz des arbeitenden Menschen berücksichtigen. Notwendige Maßnahmen können und müssen den Stempel christlich-sozialer Hilfsbereitschaft und ehrlichen Wollens an der Stirne tragen.

## Du und Dein Vertrauensmann.

Der Verband umfaßt, wie jede Bewegung oder Vereinigung, Menschen, Persönlichkeiten, die sich die Förderung und Ausbreitung desselben besonders angelegen sein lassen. Nicht von den großen Führern der Bewegung oder des Verbandes will ich hier sprechen. Decen Wirken, deren Leistungen springen in die Augen und sind jedem sichtbar. Und doch würden die Leistungen oft nicht vollbracht werden können, wenn nicht im Verbands ein Heer von Männern täglich und stündlich emsig wirkte und die Voraussetzungen mitschaffen hilft, für das Gelingen großer Aufgaben und Ziele. Unser Verband, unsere christliche Gewerkschaftsbewegung würden nicht diesen glänzenden Aufstieg, diese großartige Entwicklung genommen haben, wenn nicht von Anfang an opferbereite Männer als Wegbahner und Förderer eine Unsumme von Arbeit geleistet hätten. Kleinarbeit, mühselig und aus kleinsten Erfolgen sich mosaikartig zusammensetzend, leisteten aus Überzeugung und Begeisterung die Vertrauensmänner jahrzehntelang. Es gilt, diese Pionierarbeit recht zu würdigen und dem Vertrauensmann ein Wort zu widmen, auf daß ihm allerwärts sein nicht einfaches Amt erleichtert wird.

Mein lieber Freund! Hast du dir einmal klar gemacht, was der Vertrauensmann alles tun muß, damit die Bewegung, der Verband besteht und seine Aufgaben erfüllen kann? Wenn du bei schlechtem Wetter hinter dem warmen Ofen sitzt, wenn im Herbst und Winter Unwetter herrscht, daß man keinen Hund vor die Tür jagen möchte, dann pilgert dein Vertrauensmann von Straße zu Straße, treppauf — treppab, bringt dir das Verbandsorgan, bringt die Beitragsmarken und kassiert das Verbandsgeld ein, ohne welches kein Verband bestehen kann. Er versorgt dich mit Mitteilungen, die das gewerkschaftliche, das wirtschaftliche Leben am Ort und in der Welt betreffen und weiß oft einen guten Rat, den du dir zunutze machen kannst. Wenn du bei besserer Jahreszeit Wochenende machst und in Gedanken schon den Sonntagspaziergang unternimmst, faltet der Vertrauensmann sein Fahrrad, um die entlegenen wohnenden Verbandsmitglieder zu besuchen oder aber Werbearbeit, Hausagitation zu leisten. Zu jeder Jahreszeit setzt er sich der Unbill der Witterung aus, setzt Gesundheit — Freizeit — Erholung aufs Spiel, alles um den Verband. Eine besondere Anerkennung wird ihm selten zuteil. Höchstens der Zahlstellenvorstand nimmt Gelegenheit, ihn und seine Tätigkeit bei einer Zahlstellenversammlung lobend zu erwähnen. Das gehört sich, meist aber wird sein bester Lohn in der eigenen Befriedigung über erzielte Werbeerfolge und in der weiteren Ausbreitung des Verbandes bestehen.

Als Vertrauensmann hat man so seine Erlebnisse. Manchmal war die Situation nicht gerade zum Lachen, wenn auch die spätere Erinnerung oft den Stoff dazu hergeben muß. Im Laufe seiner Verbandstätigkeit bekommt man oft trostlose Worte zu hören, welche man dann auch erwidern muß; öfters in der Form eines kleinen Vortrages, weil das Mitglied es nicht für nötig gehalten hat, dies oder das zu Hause aufzuklären. Hunderterlei Liebkosungen schwirren einem manchmal um den Kopf. Dies ist eine scheinbar unvermeidliche Unterhaltungsmusik. Der Vertrauensmann hastet mit Vorliebe treppauf und treppab, um vielleicht bei Dunkelheit mit den Wänden in malerische Berührung zu kommen. Verdorbene Kleider sind die Folge solcher Streifen. Nebenher hat er dann auch noch das Glück, beim Verlassen des Hauses ein Fußbad zu nehmen. Mit einem schönen Quantum Natur, was man auch öfters als Morast bezeichnet, steuert er dann seiner nächsten Station zu. Hier bekommt er vielleicht etwas „Schöneres“ vorgesetzt und darf sich vielleicht auch ein paar „gute Zigarren“ einstecken.

Lieber Freund! Sorge vor allen Dingen, daß du nie zu Hause bist, damit der Vertrauensmann sich auch im Sprechen üben kann. Mache du zu Hause nie Mitteilungen, denn dafür hat der Vertrauensmann ja immer reichlich Zeit. Mache, wo es geht, möglichst viele Schwierigkeiten, und beklage dich sofort, wenn er nicht zur gewohnten Zeit kommt. Mein lieber Kollege, hast du schon einmal darüber nach-

gedacht, was für einen wichtigen und schwierigen Posten der Vertrauensmann deines Verbandes hat? Ist er nicht das bindende Glied zwischen dir, der Zahlstelle und dem ganzen Verband? Du magst denken, nun, der bekommt ja auch seine Mühen vergütet. Meinst du wirklich, daß er für die paar Pfennige all' die Mühen, all' die Unfreundlichkeiten aushalten würde? Hat er nicht allerhand Unkosten durch Verschleiß an Kleidung oder Fahrrad? Stellt er nicht oft seine Gesundheit aufs Spiel. Bedenke doch alle diese Schwierigkeiten, die er für dich hat, aus freien Stücken leistet er diese Arbeit, und nur zu deiner Bequemlichkeit. Denn laut unserer Verbandsatzungen bist du selbst für deine Mitgliedschaft verantwortlich. Und wenn dir eine Beitragsmarke verlorengegangen ist, so lade nicht die

Schuld auf den Vertrauensmann, weil du selbst Sorge tragen mußt für dein Mitgliedsbuch.

Sieh', in kurzen Zügen habe ich dir jetzt einmal die Arbeit eines Vertrauensmannes vor Augen geführt. Erleichtere ihm deshalb die Arbeit. Sorge als Bruder oder Vater dafür, wenn er von solcher oft verdrießlichen Arbeit nach Hause kommt, daß er sich zu Hause dann auch wohl fühlt, und nicht hier vielleicht auch noch Schwierigkeiten hat. Hätte die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht stets standhafte Vertrauensleute gehabt, so hätten wir heute nicht eine solche starke Bewegung. Sei stets fördernder Mitarbeiter und Pionier des Verbandes, wie unsere Vertrauensleute, als Mitglied und Kollege.

Peter Tives, Dierßen.

## Gegen demagogische Verhezung.

Seit dem Regierungswechsel macht die Sozialdemokratie in hemmungsloser Agitation. „Sozialreaktionär“ ist jeder, der andere Gedanken zu äußern wagt, als solche sozialdemokratische Prägung. Die Nr. 19 der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ bringt unter dem Titel „Soll und Haben“ eine sozialpolitische Bilanz der Regierung Müller-Wissell, wertvolles Material gegen die roten Maulhelden. Wir bringen die Arbeit hier zum Abdruck und empfehlen die Ausführungen unseren Kollegen dringend zum Studium.

Als nach langwierigen Verhandlungen im Juni 1928 die Regierung Müller-Wissell zustande kam, da knüpften sich an ihren Amtsantritt große Hoffnungen der Arbeitnehmer, besonders auf sozialpolitischem Gebiete. Hatte doch die sozialdemokratische Agitation während des vorausgegangenen Wahlkampfes alles getan, die Erwartungen fast bis ins Unermessliche zu steigern. Nun, da die Regierung gebildet war, in der ein sozialdemokratischer Kanzler die Politik bestimmte, ein sozialdemokratischer Innenminister die innen- und verfassungspolitischen Aufgaben betreute, ein sozialdemokratischer Arbeitsminister die Macht hatte, die sozialpolitischen Versprechungen zu erfüllen, und ein sozialdemokratischer Finanzminister über die Finanzen verfügte und damit sächlich zum mächtigsten Manne des Kabinetts ward, von dessen Zustimmung und Geldzuweisungen mehr oder weniger alles abhing, nun, da also ein ungewöhnlich großer politischer Einfluß der Sozialdemokratie in die Hand gegeben war, nun mußte sich zeigen, ob es der Sozialdemokratie Ernst war mit ihren Wahlparolen.

Inzwischen sind fast zwei Jahre vergangen. Die Regierung Müller-Wissell ist nach 21monatiger Amtsdauer zurückgetreten. Da ist es notwendig, einmal in geschlossener Darstellung abzuwägen, was sie in ihrer Regierungszeit sozialpolitisch leistete. „Soll und „Haben“ sollen ermittelt, eine Bilanz gezogen werden.

Im offiziellen Wahlausruf (veröffentlicht im „Vorwärts“ Nr. 91 vom 22. April 1928) versprach die Sozialdemokratie:

„Der kommende Reichstag entscheidet über das Arbeitszeitgesetz. Die Endschlacht über den Achtstundentag kündigt sich an.“

In der Regierungserklärung vom 3. Juli 1928 im Reichstag unterstrich der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller feierlich dieses Versprechen durch folgende Erklärung:

„In der Sozialpolitik beabsichtigt die Regierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag.“

Die „Rechtsregierung“ Mary-Hergt-von Keudell schuf 1927 das Arbeitszeitnotgesetz. Die „Linksgovernment“ Müller-Wissell steht trotz ihrer großen Versprechen nach fast zwei Jahren Regierungstätigkeit in der Arbeitszeitfrage mit völlig leeren Händen da.

„Sie (die Reichsregierung) wird bereits vom Reichsrat verabschiedeten Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes dem Reichstag alsbald vorlegen, ebenso auch den zu seiner Ergänzung erforderlichen Entwurf des Bergarbeitsgesetzes.“ (Regierungserklärung vom 3. Juli 1928.)

Heute, nach fast zwei Jahren Minister„tätigkeit“ Wissells, ist das Arbeitsschutzgesetz und Bergarbeitsgesetz um nichts weiter.

Der „Vorwärts“ sucht das zu entschuldigen. Dieser soll schuld sein und jener. Womit der „Vorwärts“ nicht aus der Welt schaffen kann, daß unter der Verantwortung und Ministerschaft Wissells nichts geleistet worden ist.

„Neben dem Arbeitsschutzgesetz wird vor allem die Neugestaltung der Seemannsordnung, des Tarifvertragsrechts und des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts zu fördern sein.“ (Reichskanzler Müller in seiner Regierungserklärung vom 3. Juli 1928.)

Das gegebene Versprechen auf Neugestaltung des Tarifvertrags-

rechts und des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts ist von der Regierung Müller-Wissell nicht eingehalten worden.

„Die Reichsregierung sieht in der Unterstützung der Arbeitslosen nur ein letztes Hilfsmittel, unvergleichlich wertvoller ist alles, was die Arbeitslosen zur Arbeit zurückführt. Die Reichsregierung wird diese Bestrebungen auf jede mögliche Weise fördern.“ (Programmrede des sozialdemokratischen Reichskanzlers Müller im Reichstag am 3. Juli 1928.)

Wir fragen: Was hat die Regierung Müller-Hilferding-Wissell wirtschafts-, finanz- oder sozialpolitisch getan, um „die Arbeitslosen zur Arbeit zurückzuführen“? Die beste Antwort auf diese Frage geben die steigenden Arbeitslosenziffern. Im März 1928 mußten rd. 1 Million Hauptunterstützungsempfänger aus der Arbeitslosenversicherung unterstützt werden; im März 1929 rund 1,9 Millionen und im März 1930 rund 2,5 Millionen. — Worte sind Schall und Rauch, Taten beweisen!

„Artikel 165 der Reichsverfassung sieht die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer in Wirtschafts- und Sozialpolitik vor. Seiner weiteren Verwirklichung dient der Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat, der in nächster Zeit den Reichstag beschäftigen wird.“

Dieses Versprechen, offiziell vom Reichskanzler Müller in seiner Programmrede gegeben, ist nicht erfüllt worden. Der „Vorwärts“ sucht auch hier wieder so eifrig zu entschuldigen und alle Verantwortung auf den Reichstag abzuwälzen, daß das schlechte Gewissen an allen Ecken und Enden herauschaut.

Das Los der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen zu bessern, entspricht dem einmütigen Willen des deutschen Volkes. In gleicher Weise wird die Reichsregierung bestrebt sein, die öffentliche Wohlfahrtspflege zum Segen der Notleidenden aufs beste auszubauen, die Kleinrentnerhilfe auf eine von dem Ermessen der örtlichen Fürsorgestellen unabhängige gesetzliche Grundlage zu stellen.“ (Regierungserklärung des Reichskanzlers Müller am 3. Juli 1928.)

Die Kriegsbeschädigten und Kleinrentner — mit großen Versprechungen vor den Wahlen angelockt — werden besser als andere eine Antwort darauf geben können, was der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell nun wirklich praktisch für die Behebung ihrer Not getan hat. Ihre Antwort muß vernichtend ausfallen. Nichts! Der „Vorwärts“, der diese vernichtende Kritik fürchtet, sucht die „bürgerlichen“ Parteien schuldig werden zu lassen. Wir fragen: Hat der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell überhaupt den Mut gehabt, diese Frage zur Entscheidung im Reichstag zu stellen? Das „tapfer“ Verstecken des „Vorwärts“ hinter die „bürgerlichen“ Parteien vermag den Gegensatz von Wahlversprechen und Regierungsleistung bei der Sozialdemokratie nicht zu verdecken.

„Es wird weiter zu prüfen sein, ob rücksichtsloser Entlassung älterer Angestellten wirksam gesteuert werden kann.“ (Aus der Programmrede der Regierung Müller-Wissell.)

Die Regierung Müller-Wissell hat so lange „geprüft“, bis sie schließlich nach 21monatiger „Prüfung“ ohne jedes praktische Ergebnis aus dem Amte schied.

„Die Wohnungsnot beeinträchtigt nach wie vor die Gesundheit des Volkslebens. Der Erhaltung des Altkohnraumes und dem Bau neuer Wohnungen wird die Regierung ihre besondere Sorge zuwenden und dabei dem Bedürfnis der unbemittelten und minderbemittelten wohnungslosen Volkskreise, vor allem den neugegründeten und kinderreichen Familien sowie den Kriegsbeschädigten und Krieger-

hinterbliebenen vorzugweise Rechnung tragen.“ (Regierungserklärung vom 3. Juli 1928.)

„Mindestens 800 000 Wohnungen fehlen in Deutschland . . . Schaffung eines ausreichenden Rechtes auf Wohnungen ist unabwiesbare Forderung der Sozialdemokraten.“ (Sozialdemokratischer Wahlauftrag vom 22. April 1928.)

Die Wohnungsnot ist nach wie vor gleich groß. Weder die sozialdemokratische Partei noch die sozialdemokratischen Minister haben ihr Versprechen eingelöst.

„Darüber hinaus sind auch andere Maßnahmen zur Erleichterung der Lasten kinderreicher Familien zu treffen.“ (Programmerkklärung der Regierung Müller-Wissell.)

Wenn irgendwo, dann hätte hier der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell anpacken und durchgreifende Hilfe leisten müssen. Aber wie auf allen anderen Gebieten, so hat er auch hier für die kinderreichen Familien nicht das geringste getan.

„Die Reichsregierung wird erucht:

1. die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszudehnen;
2. die Bezugsdauer für die Krisenunterstützung allgemein auf 52 Wochen zu verlängern;
3. die Bezugsdauer der Krisenunterstützung für Unterstützungsempfänger, die über 40 Jahre alt sind, für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit auszudehnen.“ (Sozialdemokratischer Antrag im Februar 1929.)

Als das Zentrum sich bereit erklärte, für diesen Antrag zu stimmen, zog ihn die Sozialdemokratie zurück. Sie hatte den Antrag nur aus Agitationsgründen gestellt. Sie glaubte, das Zentrum würde gegen den Antrag, den ihr eigener Finanzminister Hilferding für undurchführbar erklärt hatte, stimmen. Dann hätte sie ein gutes Agitationsmaterial gehabt. Als das Zentrum aber dafür zu stimmen bereit war, da zog die Sozialdemokratie ihren Antrag zurück. Daraufhin machten sich die Kommunisten den „Spaß“, den sozialdemokratischen Antrag aufzugreifen und als eigenen Eventualantrag neu einzubringen. Jetzt mußte die Sozialdemokratie selbst gegen ihren ursprünglichen Antrag stimmen.

Im Oktober 1928 wurde in der Lohnstreitsache Nordwestgruppe ein Schiedsspruch gefällt. Dem Reichsarbeitsminister wurde der Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Die Unternehmer störten sich nicht daran. Sie setzten sich rigoros über den Schiedsspruch und seine Verbindlichkeitserklärung hinweg und sperren über 200 000 Arbeiter aus. Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell ließ diese Untergrabung staatlicher Autorität zu, ohne etwas dagegen zu tun. Sein Ministerkollege Severing mußte die Angelegenheit durch seine freiwillige Schlichtertätigkeit in Ordnung bringen. Wahrlich, solange Deutschland einen Arbeitsminister kennt, dessen Sache es ist, für das soziale Recht der Arbeitnehmer einzutreten, und dessen Pflicht ihm bedeutet, wahrer staatlicher Autorität zu sein, ist ein Minister von gleich trauriger Gestalt wie Wissell in einem grundsätzlichen Entscheidungskampf wie diesem nicht dazugehören.

In geradezu mustergültiger Weise hat der vielverleumdete Zentrumsarbeitsminister Dr. Brauns nach dem Kriege und der Inflation die deutsche Sozialversicherung wieder auf- und ausgebaut. Durch seine Initiative und unter seiner Verantwortung wurden das Tarifvertragsrecht, das Schlichtungswesen und bedeutende andere arbeitsrechtliche Neuerungen geschaffen bzw. ausgebaut. In seine Regierungszeit fallen die Verabschiedung des Reichsnahrungs-gesetzes, die Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes und des Gesetzes

über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. In gut vier Jahren nach der Inflation steigerte sich durch die zielbewußte Schlichtungspolitik des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns der tarifmäßige Stundenlohn für gelernte Dollarbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe von 59,1 Rpf. im Januar 1924 auf 103,1 Rpf. im April 1928. Diesen Erfolgen gegenüber weiß die Regierung Hermann Müller mit ihrem Reichsarbeitsminister Wissell nichts aufzuweisen. Sie ist — so sehr sie schon auf anderen Gebieten unergiebig war — sozialpolitisch die unfruchtbarste aller Regierungen der Nachkriegszeit gewesen.

Wenn wir diese Feststellungen treffen und eine Bilanz ziehen, dann nur, weil wir gegenüber sozialistischer Demagogie die Wahrheit wieder in den Mittelpunkt rücken wollen. Ein Teil sozialdemokratischer Wahlversprechen auf sozialpolitischem Gebiete war von vornherein undurchführbar. Die Sozialdemokratie mußte das. Trotzdem gab sie diese Versprechen, und zwar weil sie lediglich die Stimmen der Arbeiterwähler fangen wollte. Es ist ihr nie Ernst damit gewesen, diese Versprechen auch einzulösen. Selbst wenn sie es auch gewollt hätte, sie wäre gescheitert an der Unmöglichkeit. Die irregesleiteten Wähler werden daraus lernen müssen, wie wenig glaubhaft sozialdemokratische Versprechen und Reden oft sind. — Wenn wir also der Sozialdemokratie zubilligen, daß einige der von ihnen gegebenen Versprechen aus finanz- oder allgemeinpolitischen Gründen nicht durchführbar waren, so müssen wir für andere um so stärker ihre Durchführbarkeit betonen. So z. B. in der Frage der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die gewaltig angestiegenen Arbeitslosenziffern wären vermieden worden, wenn die Sozialdemokratie als Partei und ihre Minister in der Regierung den Willen gehabt hätten, die notwendigen wirtschafts- und finanzpolitischen Voraussetzungen für eine entsprechende Wiederbelebung der Konjunktur zu schaffen. Die Sozialdemokratie hat das verabsäumt. Nicht nur verabsäumt; sie hat sich gegen jede vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik gestraubt. Es ist deshalb zum großen Teil ihrer Entschluß-, Ziel- und Planlosigkeit zu danken, daß die Arbeitslosenzahlen so stark anwuchsen. Gerade die Sozialdemokratie als die stärkste und verantwortlichste Regierungspartei, als die Partei, die von sich immer behauptet, die „alleinige Arbeiterpartei“ zu sein, hätte durch eine weitausschauende Arbeitsbeschäftigungspolitik vorsorgen müssen. Statt dessen hat sie jede Wirtschaftsregierung durch ihre chronische Enschlußlosigkeit niedergebückt und niedergehalten. Heute tragen 3,5 Millionen Arbeitslose die Kosten verabsäumter wirtschafts- und finanzpolitischer Notwendigkeiten. Und wieder andere Gesetzesmaßnahmen, wie z. B. das Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat, hätten geschaffen werden können, wenn nur ein ernsthafter Wille des Reichsarbeitsministers dahinter gestanden hätte. Aber dieser hat gefehlt, bei diesem Gesetz wie bei allen anderen. Darüber vermag nichts hinwegzutäuschen, weder die Entschuldigungsversuche des „Vorwärts“ noch die Agitationsreden des Exministers Wissell.

Die Sozialdemokratie beginnt wieder ihr altes Spiel der Verheißung und Verdächtigung. Alles, was nicht ihrer Meinung ist, ist „sozialreaktionär“; alles, was eine Regierung unternimmt, an der sie keine Verantwortung zu tragen hatte, ist „gegen die Arbeiter gerichtet“. Gegenüber diesen falschen und verheißenden Behauptungen einmal an Hand von Tatsachen nachzuweisen, was die Sozialdemokratie versprochen und was sie erfüllte, sollte Zweck dieser Zeilen sein. Zugleich mag sich die Sozialdemokratie warnen lassen. Es sollte uns nicht schwerfallen, gegenüber ihrer wieder aufgenommenen hemmungslosen Agitationspolitik Recht und Wahrheit herauszustellen und der Arbeiterchaft die sozialdemokratische „Haben“-Seite noch deutlicher zu zeigen.

II. G.

## Sieht's so in den Betrieben aus?

In Zeiten rückläufiger Konjunktur und stagnierender Geschäfte mehren sich die Schwierigkeiten, unter welchen die Arbeiterchaft zu leiden hat. Für die schlechte Laune des Betriebsinhabers bilden die Arbeiter einen willkommenen Bligableiter, und oft zwingt die Arbeitsmarktlage dazu, Grobheiten und Beleidigungen zu überhören. Das verleitet nun wieder einzelne der Unternehmerrgisse, so recht den Herrenstandpunkt herauszukehren und mit Schikanen aller Art der Belegschaft das Leben zu verbittern. Aus einer Fülle von Berichten greifen wir heute nur einen heraus und bitten, uns über ähnliche Fälle Mitteilung zu machen, damit wir in der Lage sind, öffentlich zu sagen, was ist. Aus diesem Bericht spricht Sorge, Wut,

Erbitterung und läßt einen tiefen Blick tun in die Not und Bedrückung unserer Menschen. Doch lassen wir dem Bericht das Wort.

Da diskutiert man über Arbeitslosigkeit, über Mittel zu ihrer Beseitigung. Am Ende hat man herausgekriegt, daß der Sohn doch der wahre Schuldige für die miserable Wirtschaftslage sei. Wissenschaftler unterbauen diese Erkenntnis theoretisch, und Leute, die die Not nur vom Hörensagen kennen, fabulieren drauf los, daß es nur so eine Art hat. Wir im Betrieb, es stehen nicht nur Holzarbeiter hier, haben manches Mal den Eindruck, als ob der und jener auch schon einen zu großen Abstand vom Leben eines Arbeiters, von dem ärger, den die Schikanen, dem oft brutalen Werkstat-Con hatten, als

zur Beurteilung der tatsächlichen Lage des Arbeiters gut ist. Notwendig ist es auf keinen Fall, daß von gewissen Leuten den Unternehmern, Wissenschaftlern und dem Spießertum das Stichwort für den lohnpolitischen Kampf geliefert wird, das zudem nicht einmal richtig ist.

Unser Betrieb zählt verhältnismäßig viele Facharbeiter. Wir am Ort haben neben den Bauarbeitern die höchsten Löhne. Die nützen den letzteren praktisch gar nichts, weil 95% derselben arbeitslos sind. Wir verdienen bei voller Arbeitswoche netto rd. 65.— RM. Selbstverständlich im Akkord. Weiß jemand, unter welchen Begleitumständen der Betrag verdient wird?

Morgens 7 Uhr Arbeitsbeginn. Wer von der Belegschaft bei Sirenenignal die Kontrolluhr nicht passiert hat, steht draußen, bis es der Werksleitung gefällt, den Nebeneingang zu öffnen. 30 bis 45 Minuten gebraucht die dazu. Mit dem üblichen Donnerwetter selbstverständlich. Kosennamen, wie „Faulpelze, Arbeitscheue usw.“, sind die galantesten. Anspielungen auf eheliche Vorkommnisse sind an der Tagesordnung. Jungen Burschen werden für den Wiederholungsfall Schläge angedroht. Wir haben uns solche Dinge natürlich verbieten. Höhngeflächter war die Antwort und uns wurde bedeutet, daß draußen Platz sei für Überempfindliche und genügend Ersatz leicht zu beschaffen wäre. Nicht nur die obligate Strafe nach der Arbeitsordnung — ohne Mitwirkung der Betriebsvertretung versteht sich — auch noch Lohnverlust für  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{3}{4}$  Stunden hat der in Kauf zu nehmen, den eine auch entschuld bare Versäumnis betrifft.

Die Arbeitsweise ist raffiniert und steht unter einem denkbar brutalen Antreiberssystem. Die Leistungen der Akkordarbeiter sind kaum noch zu steigern. Nur unverbrauchte volle Kräfte kommen mit, Pensum ist Lösung. Wer daselbe nicht erreicht, kann seinen Arbeitsplatz nicht behaupten. Er fliegt. Arbeitsteilung und Rationalisierung haben eine Intensität zuwege gebracht, die nicht überboten werden kann.

Zeitstudien bilden die Unterlage für die Akkordpreisfestsetzung. Nicht Zeitstudien in objektivem Sinne. Das macht man bei uns so. Der Stückpreis für ein Arbeitsstück wird willkürlich von der Betriebsleitung heruntergesetzt. Der schnelle Wechsel der Modelle bietet der Firma täglich Gelegenheit dazu. Der Wegfall oder andere Ausbildung einer Zierleiste gibt die Handhabe, sogar „nach dem Tarif“, wie die Firma meint. Nach dem Tarif, der vorschreibt, daß die Akkordpreise auf der Grundlage der Tariflöhne der Arbeiter über 22 Jahre so zu bemessen sind, daß bei durchschnittlicher Leistung und regelmäßiger Arbeitszeit 115% der Tariflöhne zu erzielen sind, macht die Firma Höchstleistung und Staffellungen nach Willkür. Für dieselbe Arbeit erhält der jüngere Tischler nicht den Stückpreis, sondern den Lohn seiner Jahresstaffel plus 15%. Durchschnittsleistung ist die Leistung des schnellsten Arbeiters. Probarbeiten dürfen Sauberkeit vermissen lassen, wenn nur wenig Zeit zur Anfertigung verwandt wird. Aber nach der Preisfestsetzung, dann wird sauberste Arbeit verlangt oder die Sauberkeit auf Kosten des ausführenden Arbeiters durch andere hergestellt.

Infolge dieser Verhältnisse gleicht der Betrieb einem Taubenschlag. Das Arbeitsamt kann nicht soviel hochleistungsfähige Schreiner schaffen, als die Firma verschleißt. Noch schlimmer ist's mit den Jugendlichen. Nach Meinung eines Arbeitsvermittlers gibt es im Bereich des Arbeitsamtes nicht so viel Jugendliche, als die Firma schon angefordert hat. Für Jugendliche sind Tariflöhne ein Verzeihbild. Ganz selten nur wagt ein solcher Tariflöhne zu fordern oder Beschwerde diesbezüglich bei der Firma oder der Betriebsvertretung zu führen. Der Standpunkt der Firma gegenüber Beschwerdeführern ist kurz und bündig: Wer mit dem Lohn nicht zufrieden ist, der fliegt. Wer sein Recht auf Tariflohn durch die Betriebsvertretung oder das Arbeitsgericht verwirklichen will, fliegt noch eher. So kommt es, daß die Betriebsvertretung täglich Stundenlang, möglichst nach Schluß der Arbeitszeit, wie es im B. R. G. heißt, und welches die Firma unter der Assistenz des Arbeitgeber Syndikus in diesem Falle wohl anzuwenden versteht, über Akkord und Tariflöhne verhandeln muß, meistens leider ohne Erfolg, bzw. mit dem schon gekennzeichneten Erfolge. Das nennt sich dann Tariftreue der Unternehmer!

63.— RM. netto sind als Wochenverdienst immerhin ein ansehnlicher Lohn. Leider sind wir schon monatelang nicht mehr in den vollen Genuß so vielen Geldes gekommen, weil seit fast einem halben Jahr Kurzarbeit eingeführt wurde. Jetzt soll der Betrieb stillgelegt werden. Kurzarbeit und Stilllegung werden aber nicht mit Mangel an Aufträgen begründet. In der verkürzten Arbeitszeit wird infolge der durchgeführten Rationalisierung die Leistungsmöglichkeit des Betriebs nicht ausgenutzt. Trotzdem liefert die Firma mehrere hun-

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 24. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 8. bis 14. Juni 1930 fällig.

Teilzahlungen an die Hauptkasse sind regelmäßig zu leisten. Die Zahlstellenkassierer müssen den Beitragseinzug und Geschäftswicklung so einrichten, daß möglichst wenig Bargeld am Orte verbleibt. Bei peinlich genauer Anwendung der ergangenen Anweisungen schützen Kassierer und Vertrauensleute sich und den Verband vor Verlusten. Darum: Teilzahlungen!

bert komplette Zimmer im Monat mehr als vor der Rationalisierung hergestellt wurden.

Jetzt soll es mit der Derkleinerung der Belegschaft versucht werden. Die Rendite des Betriebes wird dadurch zwar nicht erzielt, weil Verzinsung und Amortisation für den Maschinenpark so erheblich hohe Aufwendungen verschlingen und eine Ausnützung der Produktionsmöglichkeiten durch die verminderte Belegschaft mehr als je in Frage steht. Aber man will stilllegen. Sicher auch zu dem Zweck, um unliebsame Belegschaftsvertreter quitt zu werden.

Darauf deutet folgendes Vorkommnis. Bei den Stilllegungsverhandlungen in Gegenwart des Gewerbeaufsichtsbeamten verlangte die Firma Abkürzung der Sperrfrist. Auf die Frage nach dem Auftragsbestand erklärte sie, Aufträge und Kapital genügend zu haben. Die Betriebsvertretung hat daraufhin pflichtgemäß ihre Bedenken gegen eine Kürzung der Sperrfrist geltend gemacht, die sich der Gewerbeaufsichtsbeamte dann auch zu eigen machte. Die Folge war die, daß der Vorsitzende des Betriebsrates einer verschärften Kontrolle unterstellt wurde, die der Betriebsinhaber persönlich ausübte. Kritische Bemerkungen und herausfordernde Anzüglichkeiten seitens des Arbeitgebers ließen auch dem Kaltblütigsten unter uns das Blut zur Siedehitze steigen, und beinahe hätte das Verhalten des Betriebsinhabers zu Tätlichkeiten geführt, bei denen er bestimmt den kürzeren gezogen hätte.

Was kommen wird? Die Sperrfrist ist bald vorbei und die Belegschaft erhält ihre Entlassungspapiere. Andeutungen, die allerdings nicht genügen, um daraufhin einen Prozeß zu beginnen, lassen mit Gewißheit vermuten, daß bei der Wiedereröffnung eine Reihe der besten Gewerkschaftler, darunter auch Belegschaftsvertreter, nicht mehr wiederkommen. Gegenüber solcher brutalen Herrenwillkür gibt es aber kaum einen ausreichenden gesetzlichen Schutz.

Trotzdem erkennen wir klar, daß die einzige wirksame Möglichkeit gegenüber solchen Zuständen die gewerkschaftliche Solidarität ist. Manche Probe aufs Exempel in den letzten bewegten Wochen zeugt davon. Darum lassen wir die Hoffnung auch nicht fahren und glauben, daß der augenblickliche Tiefstand der Wirtschaft bald überwunden ist und bessere Zeiten Einkehr halten. Für diesen Fall erinnern wir uns gerne solcher Firmen und denken, daß es uns gelingt, die Rechnung auszugleichen.

## Rundschau.

**Verlechte Eitelkeit?** Die Temperamente sind unterschiedlich verteilt. Ebenso die Charaktere! Beweise dafür liefert seit der bekannten Meinungsverschiedenheit zwischen uns und dem Deutschen Holzarbeiterverband wegen des Tarifabschlusses in Rheinland-Westfalen September 1929 die Deutsche Holzarbeiterzeitung. Seit dem vorigen Jahr erpäßt sie eifrig jede Gelegenheit, um ihrem Unmut gegen uns die Zügel schießen zu lassen.

In der Nr. 21 unseres Organs druckten wir die Verbindlichkeitsklärung des genannten Tarifvertrages ab. Ohne Kommentar, wie das in dutzenden von Fällen schon geschehen ist. Das ist der Deutschen Holzarbeiterzeitung nun wieder nicht recht. Sie vermißt bei uns einen besonderen Jubel, zu dem wir keinen Anlaß haben, weil wir den Eintritt der Allgemeinverbindlichkeit mit großer Selbstverständlichkeit erwartet haben.

Nicht deshalb, weil die Andeutungen, die die Holzarbeiterzeitung zu machen beliebt, etwa zutreffen könnten, sondern weil die sachliche Berechtigung so sonnenklar liegt, daß nur verwunderlich bleibt, wie so die Holzarbeiterzeitung sie übersehen kann. Jedenfalls sind nicht

wir, sondern vor allem die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes die Beschenkten und eben diese Mitglieder wären sicher in der Lage, der Redaktion der Holzarbeiterzeitung ein Privatissimum über die überragende Bedeutung dieses Tarifvertrages zu lesen.

Die Schreiberin in Nr. 23 der Holzarbeiterzeitung hat mit wirklicher Interessensvertretung verflucht wenig mehr zu tun. Verlezte Eitelkeit läßt die Holzarbeiterzeitung aus dem Schmollwinkel Vergleiche ziehen und Unterstellungen machen, die unzutreffend sind. Die Verhandlungen, die wegen der Allgemeinverbindlichkeit des Reichsmantelvertrages gepflogen wurden, fanden statt unter dem Regime Wissell, zu dem der Deutsche Holzarbeiterverband jedenfalls bessere Beziehungen hatte, als wir. Wenn damals nach der Behauptung des Deutschen Holzarbeiterverbandes so umfangreiche und gründliche Erhebungen bezgl. der überwiegenden Bedeutung vorgenommen wurden, dann hatte Wissell sicher Gründe. Bei den von der Holzarbeiterzeitung genannten Bezirkstarifen lagen die Dinge wohl ähnlich, während im Gebiet Rheinland-Westfalen die Sachlage sehr eindeutig und klar auch für das Ministerium vorlag. Denn der Abschluß der notwendigen Erhebungen bezgl. der beantragten Allgemeinverbindlichkeit des Bezirkstarifes für das rheinisch-westfälische Holzgewerbe erfolgte noch zu jener Zeit, als Wissell im N.M.W. verantwortlich zeichnete. Der neue Arbeitsminister hatte damit noch nichts zu tun.

Also, liebe Holzarbeiterzeitung, wenn wir schon zum Jubel keinen besonderen Anlaß erkennen, dann haben wir aber umso mehr Ursache Deine Schreibereien niederiger zu hängen und Dich daran zu erinnern, daß Du vorgibst, Organ für die Interessenvertretung der Holzarbeiter zu sein. Du wirst Dich also damit abfinden müssen, daß die Interessen der Holzarbeiter auch dann wahrgenommen wurden, als es Dir einmal nicht in den Kram paßte und die „Minderheit“ für die „Mehrheit“ die Situation rettete. Das ist verdienstlicher, als aus gekränkter Eitelkeit und Großmannsucht an Dingen herumrörgeln, die von den sozialdemokratischen Holzarbeitern damals als Erlösung empfunden und heute mindestens so zäh verteidigt werden, wie unsere Leute das tun. Wir erinnern an die zahlreichen Lohnklagen vor Arbeitsgerichten in Rheinland-Westfalen, wo die freigewerkschaftlichen Funktionäre sich auf unseren Tarifvertrag beziehen, ohne beteiligt zu sein.

Also weder eine neue arbeitsrechtliche Perspektive tut sich auf, noch wird man Grund haben, über besonderen Jubel bei uns sich zu ärgern. Aber unser ehrliches Streben nach einer besseren Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Holzgewerbe wird auch der Gegner stärker berücksichtigen und uns als gleichberechtigte Kontrahenten anerkennen müssen. Wenn der Meinungsaustausch den Erfolg hat, soll's uns freuen. —

**Unbegrenzte Weitergeltung der Anordnung über Kurzarbeiterunterstützung.** Durch eine dritte Anordnung über die Weitergeltung der Anordnung über Kurzarbeiterunterstützung hat der Verwaltungsrat der Reichsanstalt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers angeordnet, daß die bisherige Begrenzung der Geltungsdauer dieser Anordnung fortfällt. Die Kurzarbeiterunterstützung bleibt daher bis auf weiteres in der bisherigen Form bestehen.

**Entwicklung der Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten 1926 bis 1929.** Von 1926 bis 1929 ist die Gesamtzahl aller Gewerkschaftsmitglieder in USA. zurückgegangen von 4,44 Millionen auf 4,35 Millionen. Genau genommen betrug die Abnahme 112 272 Mitglieder oder 2,5 Prozent des Bestandes von 1926. Die Zahl der in der American Federation of Labor vereinigten Gewerkschaftler — wobei zu bemerken ist, daß die American Federation of Labor im allgemeinen die gemäßigtere Gewerkschaftsrichtung darstellt, welche in ihrer Gewerkschaftspolitik und in ihrer allgemeinen wirtschaftlichen Auffassung den christlichen Gewerkschaften viel näher steht als den „freien“ Gewerkschaften — hat zugenommen um 126 450 Mitglieder, so daß also eine Abnahme von fast 240 000 Mitgliedern auf die nicht in diesem Gewerkschaftsverband zusammengefaßten Gewerkschaften entfällt. Diese Abnahme erklärt sich allerdings größtenteils dadurch, daß die Gewerkschaft der Büroangestellten der Eisenbahnen und Dampfschiffe, welche aus der American Federation of Labor zeitweise ausgeschlossen gewesen war, wieder Aufnahme gefunden hat. Im allgemeinen waren die letzten Jahre eine Zeit der Konzentration und Konsolidation in der Verschmelzung verschiedener Doppelorganisationen.

Was Zunahme oder Abnahme an Mitgliedern betrifft, zeigen die einzelnen Gewerkschaften ein sehr verschiedenes Verhalten.

|                                  | 1928<br>in Tausend | 1929 | Zunahme<br>1929 gegen 1928 | Abnahme<br>1928 gegen 1929 |
|----------------------------------|--------------------|------|----------------------------|----------------------------|
| Bauarbeiter                      | 1028               | 1091 | 63                         | —                          |
| Metall- und Maschinenbauarbeiter | 279                | 285  | 4                          | —                          |
| Transportarbeiter                | 1141               | 1059 | —                          | 82                         |
| Bergbau und Holzfällerei         | 531                | 481  | —                          | 50                         |
| Papier und Druckerei             | 173                | 176  | 3                          | —                          |
| Bekleidung                       | 413                | 388  | —                          | 25                         |
| Textil                           | 51                 | 55   | 4                          | —                          |
| Glas, Erden und Steine           | 35                 | 33   | —                          | 2                          |
| Lebensmittel m. Getränke, Tabak  | 131                | 123  | —                          | 8                          |
| Holzverarbeitung                 | 15                 | 14   | —                          | 1                          |
| Öffentliche Dienste              | 266                | 303  | 37                         | —                          |
| Unterhaltung, Vergnügen          | 161                | 162  | 1                          | —                          |
| Verschiedenes                    | 118                | 126  | 8                          | —                          |

Die Gewerkschaften der Bauarbeiter und der öffentlichen Dienste zeigen die stärkste Zunahme. Die taktisch starke Stellung der in öffentlichen Diensten beschäftigten Personen macht sich also auch in USA. geltend. Die Gewerkschaft der Bergarbeiter, zu denen vor allem die Weichkohlenarbeiter gehören, zeigen einen Mitgliederverlust von 50 000 und da hier nur ganz abgerundete Zahlen gegeben werden: 450 000 gegenüber 1926 500 000, so ist selbst diese Zahl verdächtig: Die schwere Niederlage im Weichkohlenbergarbeiterstreik von 1928 bis 1929 wirkt katastrophal nach. Unter der Gruppe der öffentlichen Dienste hat namentlich die Organisierung der bei der Post beschäftigten Personen sehr bedeutende Fortschritte gemacht: Zunahme bei den Postmeistern 3000 (21 Prozent), bei den Angestellten der Postämter 5000 (12 Prozent), bei den Briefträgern 13 000 (16½ Prozent).

**Arbeitslosigkeit in Nordamerika.** Zur Ermittlung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit in USA. wurden in Philadelphia und Buffalo Sondererhebungen bei einer hinreichend großen Gruppe von Arbeitern veranstaltet, so daß die Zahlen als einigermaßen repräsentativ gelten können. In Philadelphia ergab sich eine Arbeitslosigkeit „infolge Unfähigkeit, Arbeit zu erhalten“ von 7,8 Prozent, dazu 2,6 Prozent Arbeitslose infolge Krankheit oder aus anderen Gründen. Der Prozentsatz der Arbeitslosen war sehr verschieden in den einzelnen Distrikten und Berufsgruppen. Für Buffalo ergab sich eine Arbeitslosigkeit von 5,4 Prozent der Normalbeschäftigten.

**Wie amerikanische Arbeiter leben.** Die amerikanischen Arbeiter können sich mehr leisten als ihre deutschen Kollegen. Das ist bekannt. Wie stark sich aber die Lebenshaltung von derjenigen in Deutschland unterscheidet, zeigen die Haushaltsrechnungen von 82 Buchdruckern aus San Francisco, die von Professor J. B. Peigotto von der California-Universität untersucht worden sind. Dabei handelt es sich um Arbeiter, deren Einkommen keineswegs besonders hoch war, sondern durchaus im Rahmen der gewerkschaftlichen Mindestlohnsätze lag. Das Durchschnittseinkommen betrug für das Erhebungsjahr 2761 Dollar. Die Ausgabenverteilung ist charakteristisch: 32,5 v. H. für Nahrungsmittel, 11,6 v. H. für Kleidung, 15,3 v. H. für Wohnung und 9 v. H. für Einrichtung und Instandhaltung. Fast ein Drittel der Ausgaben sind somit für „Sonstiges“, d. h. vor allem für das Kulturbedürfnis, frei. Nach der kürzlich vom Deutschen Statistischen Reichsamte veröffentlichten letzten großen Haushaltserhebung in Deutschland hatten 896, dem Einkommen nach betrachtet, über dem heutigen Lohnniveau stehende Familien allein für Nahrungsmittel 41,14 v. H. aufzuspenden. Auch Kleidung beanspruchte etwas mehr, Wohnung dagegen weniger. Es scheint, daß die größere Wohnungsausgabe in Amerika bereits eine Folge der besseren Löhne ist; denn ein Drittel der Familien besaß eigene Häuser und wandte sicherlich dementsprechend auch mehr für Hausrat auf. Der Elastizität der Ausgabenverteilung entspricht es; wenn in der Haushaltsrechnung 178 Dollar (6,2 v. H.) für Erholung und 402 Dollar (12,2 v. H.) für Automobile entfallen sind. „Nur eine von je fünf Familien hatte ein Automobil“, heißt es bezeichnenderweise in der Veröffentlichung dieses Budgets. Kapitalanlagen, sei es durch Lebensversicherung oder Sparen, entsprechen mit 8 v. H. der Ausgaben ungefähr den für „Versicherungen“ in den Budgets deutscher Arbeiter verzeichneten Beträgen. Darüber hinaus muß aber noch für „Gesundheitspflege“ 5,1 v. H. des Lohnes verausgabt werden, während dieser Posten von den Versicherungsausgaben in Deutschland schon zum größten Teil mitgedeckt ist. Vereinsbeiträge (für Gewerkschaften) beanspruchten mit 5,6 v. H. der Ausgaben — 148 Dollar — ziemlich viel. An weiteren Ausgaben sind noch zu nennen: Erziehung mit 2,2 v. H., Tabak mit 2,3 v. H., Kirche mit 0,9 v. H. und Mildtätigkeit mit 0,8 v. H.

In den Posten „Verschiedenes“ in Höhe von 3,5 v. H. der Ausgaben dürften Bildungsausgaben und die Aufwendungen für Zeitungen und Magazine enthalten sein. Trotzdem diese Ausgabenverteilung bedeutend elastischer erscheint als z.B. die in den deutschen Arbeiterbudgets festgestellte, wo die Existenzbedürfnisse und Steuern den allergrößten Ausgabenanteil von vornherein festlegen und Kulturbedürfnisse auf wenige Mark herabgedrückt sind, hat doch die Hälfte der Beauftragten von dem vertraglichen Recht eines zweiwöchigen bezahlten Urlaubs — wahrscheinlich um doppelt zu verdienen — keinen Gebrauch gemacht. Auch der Bearbeiter dieser Haushaltsrechnungen bemerkt ausdrücklich, daß diese Buchdruckerfamilien nur ein sogenanntes Minimum an Lebensstandard aufweisen.

**Sie gehören zusammen.** Die Festansprache in der Maidemonstration der Berliner Sozialdemokratie hielt der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Graßmann. Seine Ansprache schloß der Redner mit folgendem Appell: „Arbeite jeder von uns für die Partei und für die freien Gewerkschaften, nicht mit Schießprügeln und Bomben und der rohen Gewalt der Faust, sondern mit den Waffen des Geistes. Haben wir immer im Auge und im Sinne die Worte aus dem Sozialistenmarsch, daß wir nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren kämpfen. Je schwerer und herber die Tage sind, um so stärker und größer wollen wir dastehen, in Einigkeit geschart um das rote Banner des Sozialismus, um das gelobte Land der Arbeit zu erreichen, das Endziel unseres Weges ist. Es lebe die internationale Sozialdemokratie, es lebe die in den freien Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft!“

Sozialdemokratische Partei und freie Gewerkschaften werden auch hier als eine Einheit bezeichnet. Das ist gewiß keine neue, aber eine sehr bemerkenswerte Eröffnung. Die Mahnung Graßmanns, für den Sozialismus und die freien Gewerkschaften nur mit den Waffen des Geistes und nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren zu kämpfen, erscheint sehr angebracht. Es ist in dieser Beziehung manches besser geworden, aber verabscheuungswürdig bleibt auch der Zustand, daß selbstbewußte Arbeiter einer anderen Weltanschauung als sozial reaktionär und unzuverlässig bezeichnet werden. Der Sozialismus soll sich den Zahn ziehen lassen, daß er allein die Arbeiter einer besseren Ordnung zuführen könnte.

**Rheinischer Bezirksverbandstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. D.** Die rheinischen Konsumgenossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, Köln hielten am Sonntag, den 1. Juni ihren Bezirksverbandstag in Euskirchen ab. Der Bezirksvorsitzende, Geschäftsführer Rottkäufer, gab den Bericht über den Stand des Bezirksverbandes. Herr Oberreißer Hausmann erstattete den Bericht über die im Bezirksverband stattgefundenen Revisionen. Darauf erhielt Herr Geschäftsführer Klevers, „Eintracht“ Köln-Mülheim, das Wort zu einem Vortrag über „Örtliche und zentrale Genossenschaftswerbung“. Fr. Herbergh, Köln, referierte über „Das Tätigkeitsgebiet der Frauen in der Konsumgenossenschaftsbewegung“.

An die Referate schloß sich eine ergiebige Aussprache an.

Dann nahm Generaldirektor Schlack, M. d. R., der Führer des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. D. Köln, das Wort zu der Sonderbesteuerung der Konsumgenossenschaften. Die Sonderumsatzsteuer für die Konsumgenossenschaften stelle eine ungerechte Ausnahmesteuer dar. In Anbetracht der Wirtschaftskrise, in der wir stehen, und der Kriegslasten sei es besonders verwerflich, die preisregulierende Macht der Konsumgenossenschaften durch eine Ausnahmesteuer zu schwächen. Folgende Entschließung wurde von der Versammlung einstimmig angenommen:

„Der Bezirksverband Rheinland des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. D. Köln, dem 79 Konsumgenossenschaften mit mehr als 400 000 Familien angeschlossen sind, erhebt schärfsten Protest gegen die vom Reichstage auf Drängen der Wirtschaftspartei beschlossene Ausnahmeumsatzsteuer.“

Diese Ausnahmesteuer ist ungerecht, unsozial und geradezu aufreizend. Sie belastet am schwersten die Sozialrentner, Arbeitslose und kinderreiche Familien.

Wir, die Vertreter der Verbraucherinteressen der minderbemittelten Schichten, erfüllen unsere heiligste Pflicht, wenn wir von der Reichsregierung, vom Reichstage und besonders von den Abgeordneten der Beamten, Angestellten und Arbeiter fordern, umgehend dieses steuerliche Unrecht wieder zu beseitigen.

Die vorliegenden Anträge der Zentrums- und demokratischen und sozialdemokratischen Partei geben zu der Aufhebung die Mög-

lichkeit. Wir möchten dringend davor warnen, die Erledigung dieses Unrechtes parlamentarisch zu verschleppen. Je schneller die Aufhebung der Ausnahmesteuer erfolgt, desto eher kann wieder Vertrauen zu Reichsregierung und Reichstag zurückkehren.“

## Berichte aus den Zahlstellen.

**25jähriges Bestehen der Zahlstelle Düren.** Am 9. Mai 1930 veranstaltete die Zahlstelle Düren eine Festfeier anlässlich ihres 25jährigen Bestehens. Ein feierlicher gemeinsamer Gottesdienst für die lebenden und verstorbenen Mitglieder in der Pfarrkirche St. Anna leitete die Festfolge ein. Dann ging es mit Musik in geschlossenem Zuge zur Festversammlung bei Klinkenberg. Bei Betreten des Saales fiel einem sofort ein von innen beleuchtetes Transparent an der einen Wand auf, das über dem Namen der Ortsgruppe und dem Eichbaum als Wahrzeichen des Verbandes die silberne Zahl 25 trug.

Der Vorsitzende, Edmund Hecker, begrüßte, nach Eröffnungsmärschen, die Festteilnehmer, darunter eine ganze Anzahl von Ehrengästen, Vertreter von Behörden, befreundeten Korporationen usw. und eröffnete die Feier mit dem Gruß „Gott segne die christliche Arbeit“. Er ging in kurzen Worten auf die Gründung der Zahlstelle ein, die von 19 Schreibern unter seiner (des Vorsitzenden) Leitung vollzogen wurde.

Ein von einem Jugendlichen gesprochener Prolog und der Chorvortrag leiteten anschließend zu der Festansprache des Gauleiters Verder, Düsseldorf über. Er feierte das Jubiläum der Zahlstelle Düren als ein aus dem Grau des Alltags herausragendes Fest der Gemeinschaft, als das Fest eines aufstrebenden Standes. Anschließend nahm der Redner in Vertretung der verhinderten Mitglieder des Zentralvorstandes die Ehrung der Gründer der Zahlstelle Düren, die ein Diplom erhielten, vor. Es sind dies die Kollegen: Friedrich Fuß, Birkesdorf, Hermann Schlösser, Birkesdorf, Edmund Hecker, Düren, Edmund Kuckertz, Langerwehe, Ludwig Müsch, Düren, Fritz Wolter, Düren.

Die drei Erstgenannten konnten gleichzeitig als Mitbegründer auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken und wurden hierfür mit einer silbernen Nadel geehrt. Ein Hoch auf die Jubilare, den Verband und die Zahlstelle Düren wurde begeistert aufgenommen. Nachdem der Chor „Wir gratulieren“ von H. Bungart verklingen war, überbrachten Stadtbaurat Dauer, für die Stadt Düren und für sich persönlich, da er ja auch im Schreinerhandwerk seine Laufbahn begonnen hat, Direktor Sauren für das Arbeitsamt, Kaplan Offergelt für den kath. Arbeiterverein St. Marien, Herr Friz für den DHD, Herr Koch für den Reichsverband der Büroangestellten und Beamten, Kartellvorsitzender Mockel im Namen von 8 000 christlichen Gewerkschaftlern aus dem Dürener Bezirk, Gewerkschafts-Sekretär für den christl. Metallarbeiterverband, Beigeordneter Meisenberg und Herr Gläsen für den Gemeindeverband herzliche Glückwünsche dar. Den Dank der Gründer und Jubilare erstattete Kollege Wolter. Die musikalischen Darbietungen wurden von der Kapelle Prange, die gesanglichen vom gemischten Chor des Dürener Webervereins ausgeführt. Musik- und Chorvorträge schlossen die eindrucksvolle Feier. Abends fand das Fest seinen Abschluß mit Theaterdarbietung und Tanz.

**Braunschweig.** Unsere Zahlstelle hielt am Sonnabend den 24. d. M. in der Hopfenblüte eine außerordentliche Versammlung ab. Selbige war von den Verbandsmitgliedern gut besucht. Der Vorsitzende Kollege Schreiber begrüßte zunächst unseren Gauleiter Kollegen Storch aus Hannover. Derselbe hielt einen Vortrag über die große Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen Ländern. Über die Frage: „Wann und wie kann dieselbe einmal behoben werden?“, folgte eine rege Aussprache. Kollege Schreiber dankte Kollegen Storch für den instruktiven Vortrag. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, gedachten wir des 25jährigen Bestehens der Zahlstelle und verbanden damit die Ehrung dreier Kollegen, welche 25 Jahre unserem Verband angehören. Kollege Storch dankte den Jubilaren für ihre treue und schwierige Arbeit, welche hier in Braunschweig zu leisten war, da doch Braunschweig eine Hochburg der freien Gewerkschaften ist! Dann überreichte er den Jubilaren Kollegen Joseph Ehner, Joseph Gropenbießer und Ernst Große ein Diplom und silberne Verbandsnadel zum Zeichen der Ehre. Noch lange saßen wir im fröhlichen Kreise beisammen, bis die Stunde schlug, da unser Kollege Storch wieder von uns scheiden mußte.

**Dierßen.** Familienfeier mit Jubilarehrung. Zum zweiten Male konnten wir in unserer Zahlstelle am 10. Mai im Rahmen eines Familienfestes einige unserer Kollegen ehren, welche ununterbrochen 25 Jahre unserem Verbands angehören. Es sind dies die Kollegen Andreas Göbel und Heinrich Rothen. Mit einem stottgespielten Marsch eröffnete die Musikkapelle den Festabend, worauf der Vorsitzende, Kollege Maßen, alle Erschienenen begrüßte. Musikvorträge und Liederpenden seitens eines Doppelquartetts aus Dülken sorgten für Unterhaltung. Ein Prolog, vorgetragen vom Mitglied der Jugendgruppe, Heiner Büden, zeigte, daß die Jugend sich gerne in den Dienst der Sache stellt, wenn es gilt, unsere alten Kämpfer zu ehren. Gauleiter Kollege Werder beglückwünschte die Jubilare zu ihrem Ehrentage, und stattete auch den Dank und Glückwunsch des Zentralvorstandes ab. In seiner Festansprache führte er etwa folgendes aus: „Nicht oft werden in den christlichen Gewerkschaften Feste gefeiert. Gilt es aber, unsere alten Führer und Kämpfer zu ehren, so haben wir ein Recht ein solches Ereignis festlich zu begehen. Unsere Feiernveranstaltungen tragen aber einen besonderen Charakter. Aus christlichem Gemeinschaftsgeist heraus finden wir uns in der großen Holzarbeiterfamilie zusammen, um gleichsam verbrüdernd zu helfen und zu streben für den Aufstieg unseres Standes.“ Kollege Werder beleuchtete die unermüdete Arbeit der Jubilare. Ehrentoll und lobenswert sei, daß der Kollege Göbel 15 Jahre lang Vertrauensmann gewesen ist und beide, stets unentwegt und erfüllt mit hohem Idealismus, für die christliche Holzarbeiterbewegung gekämpft hätten. Ehre darum, wem Ehre gebührt. Redner überreichte den Jubilaren die schön eingerahmten Diplome des Zentralvorstandes, sowie das Jubilareabzeichen. Den Sinn unserer Verbandsdevise noch einmal hervorhebend, und einen Appell an die Jugend richtend, in die Fußstapfen unserer Vorkämpfer einzutreten, schloß Werder mit einem Hoch auf die Jubilare und unseren Verband.

Kollege Göbel dankte, auch im Namen seines Mitkollegen, für die Ehrungen, und äußerte den Wunsch, daß die Zahlstelle Dierßen auch weiterhin blühen und wachsen möge. Glückwünsche folgten dann von den übrigen Gratulanten. Besonders dankte unser langjähriger Vorsitzender, Kollege Raffelt, den Jubilaren für ihre treue Mitarbeit zum Besten der Zahlstelle Dierßen. Gesang und Musik wechselten ab und sorgten für die rechte Stimmung. Eine Verlosung beschloß den offiziellen Teil. Nachher blieb man noch einige Stunden bei einem Tänzchen zusammen.

P. Ts.

**Rosenberg.** Die am Sonntag, den 6. April stattgefundene Generalversammlung erfreute sich eines recht guten Besuches. Um so erfreulicher war dies, als die Kollegen schon seit Weihnachten arbeitslos sind. Damit kam zum Ausdruck, daß die Kollegen in Rosenberg fest zu ihrem Verbands halten.

Den Jahres- und Kassenbericht erstattete der Kollege Herterich, der den Kollegen durch Bekanntgabe der Einnahmen und Ausgaben die Nützlichkeit des Verbandes, der in Zeiten der Not den Mitgliedern durch Unterstützung beispringt, vor Augen führte. Die Mitgliederzahl der Zahlstelle ist durch Verschmelzung der seitherigen zwei Sägewerke etwas zurückgegangen. Ein mutiges Zusammenhalten sei auch in der Zukunft vonnöten für die Kollegen.

Bei der nachfolgenden Wahl wurde als 1. Vorsitzender der Kollege Anton Gauckler und als 2. Vorsitzender der Kollege Fred gewählt. Als Kassierer wurde Kollege Herterich wiedergewählt, der den Posten schon seit neun Jahren zur größten Zufriedenheit der Kollegen bekleidet. Als Beisitzer wurden gewählt die Kollegen Köhnein, Mai, Abele und Geetenmeier. Sämtliche Kollegen wollen ihre ganze Kraft für das begonnene Geschäftsjahr einsetzen. Bezirksleiter Kaiserauer, der in der Generalversammlung anwesend war, gab uns rückblickend nochmals ein Bild von den Arbeiten des Verbandes im abgelaufenen Jahre. Er streifte die Lohnbewegungen in der Holz- wie auch in der Sägewerksindustrie und betonte hierbei, wie es durch straffe Organisation in

der Holzindustrie möglich war, einen guten Mantel- und Lohnvertrag zu schaffen. Anders wäre es in der Sägewerksindustrie gewesen, wo es am notwendigen Zusammenhalt gefehlt hat, was die Kollegen auch bei der geführten Lohnbewegung gespürt hätten. Der im Jahre 1928 geschaffene Manteltarif sei nun zum 31. April von den Unternehmern gekündigt worden. Wollte die Sägewerksarbeiterschaft wieder zu einem annehmbaren Vertrag kommen, und das wäre eine Notwendigkeit, dann müßten die Kollegen allerorts für gute Organisation bei der Sägewerksarbeiterschaft besorgt sein. Neben künftigen guten Abschlüssen von Tarif- und Lohnverträgen gelte es auch ein Augenmerk in der Zukunft auf die Gestaltung der sozialen Gesetzgebung zu richten. Die letzten Änderungen bei der Erwerbslosenunterstützung, so insbesondere § 89 a, zeigen soziale Ungerechtigkeit. Es gehe nicht an, Beiträge zu leisten für dieselben und andererseits käme die Bedürftigkeitsprüfung klar zum Ausdruck. Auch die derzeitige Wirtschaftsführung wurde gestreift. Das bot Stoff für regere Aussprache. Der Ausklang der Ausführungen war die Aufforderung, auch im neu begonnenen Geschäftsjahr treu im Verbands mitzuarbeiten.

## Literarisches.

### Die Fahrtenbücher für die Jugend.

**Delsuc, Pierre, Die schwere Nacht von Kerviszell.** Ein Fahrtenabenteuer. Deutsch bearbeitet von Ernst Drouven. Mit Bildern von Cothar Rohrer. 1.—16. Tausend. (Fahrtenbücher. Herausgegeben von Ernst Drouven. Bd. 1.) 8° (VI u. 196 S.) Freiburg im Breisgau 1930, Herder. Geheftet und beschnitten 2 RM.

**Cam, Das Auto ohne Rücksicht.** Ein Fahrtenabenteuer. Deutsch bearbeitet von Georg Alfred Lutterbeck. Mit Bildern von Cothar Rohrer. 1.—16. Tausend. (Fahrtenbücher. Herausgegeben von Ernst Drouven. Bd. 2.) 8° (VI u. 152 S.) Freiburg im Breisgau 1930, Herder. Geheftet 2 RM.

Die „Fahrtenbücher“ sind eine neue Art Abenteuerbücher. Jungen der neuesten Zeit sind die handelnden Personen, Jungen, wie man sie auf der Landstraße, im Wald, am Lagerfeuer in Horben beieinander findet. Furchtlose Kerle. Was Wunder, daß oft genug in dunkler Nacht, im Busch oder hinter einer Ruine das Abenteuer vor ihnen aufspringt. Und was sie da erleben, die Ritter der Landstraße, das erzählen die Fahrtenbücher.

Von einem Neunzehnjährigen wurde „Die schwere Nacht von Kerviszell“ geschrieben aus dem unmittelbaren Abenteuererlebnis heraus. Die fahrenden Jungen durchforschen alle Winkel und werden durch ihr Streben, allem auf den Grund zu gehen, in die Geschehnisse auf Kerviszell hineingerissen. Die Spannung setzt mit elementarer Kraft ein und hält bis zum letzten Saße durch. Für 2 RM ist das Buch übrigens erstaunlich billig. Es hat 24 Bilder.

„Das Auto ohne Rücksicht“ ist der zweite Band. Das Buch erzählt von merkwürdigen Radiumbleistählen aus einem vom Entdecker streng geheim gehaltenen, längst verlassenen Stollen. Eine Gruppe Jungen — Scouts mit ihrem Feldmeister — klären die Sache. Aber es gibt erst ein tolles Rennen von Abenteuern und Taten. Eine Detektivgeschichte also, aber sie gefällt, denn der Leser bleibt versectont von übertriebenen Sensationen törichter Erfindung. Was erzählt wird, so toll es klingt, traut man doch der angeborenen Findigkeit und Entschlossenheit gesunder, frischer Jungen zu.

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

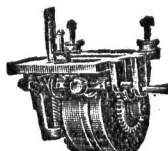
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mt. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

## Intarieren jeder Art

Katalog  
gegen 0.50 Mark in Briefmarken

**E. Biller, Heidelberg**  
Theaterstraße 711

## Sprechmaschinen-Laufwerke



**1. Selbst. la. Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummilager, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Aluminium-Schalldose nur Mark 26.—**  
Versand p. Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von

**Robert Husberg - Neuenrade i.W. 9**

In allen Preislagern.  
Hobel

## Die Fachschrift

die jeder strebsame  
Tischler haben muß:

## Handwerkskunst im Holzgewerbe

Bezugspreis: 2 M. vierteljährlich

Bestell. bei Postanstalten oder direkt  
**VERLAG-KÖLN · VENLOERWALL 9**